

Das Calwer Wochenblatt erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Samstag. Der Samstagnummer wird ein Unterhaltungsblatt beigegeben. Abonnementspreis halbjährl. 1 fl. durch die Post bezogen im Bezirk 1 fl. 8 kr., sonst ganz Württemb. 1 fl. 16 kr.

Calwer Wochenblatt.

Für Calw abonirt man bei der Redaction, auswärts bei den Posten oder der nächstgelegenen Poststelle. Die Einrückungsgebühr beträgt 2 kr für die dreispaltige Zeile oder deren Raum.

Amts- und Intelligenzblatt für den Bezirk.

Nro. 139.

Samstag, den 26. November

1870.

Amliche Bekanntmachungen.

Calw. An die Ortsvorsteher.

Den Ortsvorstehern wird hiemit nachstehender Erlaß des K. Ministeriums des Innern zur Kenntniß gebracht.
K. Oberamt. L h y m.
Den 24. November 1870.

Das Ministerium des Innern an sämtliche Oberämter.

In Folge der in neuerer Zeit bei Anzeigen über Rinderpestverdacht gemachten Erfahrungen sieht man sich veranlaßt, dem K. Oberamt Nachstehendes zu erkennen zu geben:
Die Erkennung der Rinderpestkrankheit nicht nur aus den Krankheitszeichen des lebenden Thieres, sondern auch aus denjenigen der zerlegten Thierleiche hat sich für erfahrene Thierärzte als so schwierig gezeigt, daß die Verwechslung anderer Krankheitserscheinungen beim Rindvieh und sonstigen Wiederfäuern mit Rinderpest sehr nahe gelegt ist, und Sicherheit dafür, daß wirklich Rinderpest eingetreten sei, erst dann vorliegt, wenn nicht nur die Krankheitserscheinungen im Leben eines Thiers und an inneren Theilen des geöffneten Thiers dafür sprechen, sondern auch eine Uebertragung der Krankheit auf andere Thiere (Ansteckung) mit Zuverlässigkeit nachgewiesen werden kann.

Wenn daher irgendwo beim Rindvieh, bei Schafen oder Ziegen Krankheitserscheinungen eintreten, die im Allgemeinen auf die Rinderpest hinweisen, so ist zunächst in's Auge zu fassen, daß die Rinderpest bei uns nicht aus sich selbst (spontan) sich entwickelt, vielmehr bloß durch Einschleppung von verseuchten Gegenden zu uns kommen kann. Ist man daher versichert, daß ein erkranktes Thier in den letzten 3 Wochen vor seinem Erkranken nur mit bekanntem gesundem Vieh beisammen stand, daß kein Futter und Streumittel aus verseuchten Gegenden, oder Menschen, die sich neuerdings in solchen Gegenden befunden haben, in seine Nähe kamen, so darf man mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß die aufgetretene Krankheit nicht Rinderpest sei. Ganz anders stellt sich aber die Verdachtsfrage, wenn einer der soeben als nicht vorhanden vorausgesetzten Umstände zutrifft, oder die Rinderpest in der Nähe mit Heftigkeit aufgetreten ist.

Handelt es sich aber von einem oder auch von mehreren (unter sich nicht in Verbindung stehenden) Fällen mit Anständen der zuerst genannten Art, so ist es nicht angezeigt, alsbald zum Vollzuge der in §. 12 der K. Verordnung vom 19. Mai 1867 vorgeschriebenen Maßregeln zu schreiten, vielmehr genügt die Absperrung des Stalles, in welchem das kranke Thier steht, ohne Aufstellung von Wächtern in der Art, daß dem Thiereigenthümer oder seinem Vertreter die Auflage gemacht wird, zu lassen, beziehungsweise den Stall wohl verschlossen zu halten;

b) bis auf Weiteres kein Vieh, weder krankes noch gesundes, aus dem Stall herauszulassen;
c) jede Annäherung an anderes Vieh nicht nur selbst zu vermeiden, sondern auch solche feinen mit dem eigenen Vieh in Berührung gekommenen Hausgenossen streng zu untersagen.

Diese Anlaß ist dem Thiereigenthümer unter Straandrohung für den Fall der Nichtbeachtung, ferner unter Hinweisung darauf, daß er jeder Entschädigung für zu tödtendes Vieh durch Uebertretung der Auflage verlustig werden würde, zu eröffnen, auch ist das Verbot des Eintritts in den Stall in der Gemeinde bekannt zu machen und an der Stallthüre mit der Unterschrift des Ortsvorstehers anzuschlagen: "Eintritt verboten bei Strafvermeidung."

Zeigt sich binnen 10 Tagen vom Eintritt der Erkrankung an bei den übrigen im Stall gestandenen Thieren oder bei solchen Thieren, mit welchen das kranke sonst in Berührung gekommen war, keine Erkrankung, so ist die verfügte Absperrung wieder aufzuheben.

Von selbst versteht es sich, daß dem Eigenthümer des Thieres unbenommen bleibt, letzteres jederzeit schlachten zu lassen, daß aber die Frage, ob und unter welchen Beschränkungen das Fleisch, die Haut und sonstige Theile nutzbar verwendet werden dürfen, von dem auf das Gutachten des Sachverständigen zu gründenden Erkenntniße der Polizeibehörde abhängt.

Indem man das K. Oberamt hievon in Kenntniß setzt, erwartet man, daß zwar auffallenden Erkrankungen bei den Haus- thieren alle thunlichste Aufmerksamkeit gewidmet, dagegen von Maßregeln, die mit erheblichem Kostenaufwande verbunden, und in den Umständen nicht gehörig begründet sind, sorgfältig Umgang genommen werde.

Stuttgart, 18. November 1870.

Scheurle n.

Revier Liebenzell. Stammholz-Verkauf.



Am Montag, den 28. d. M., werden aus dem Staatswalde Allmand bei Unterhaugstett 33 Nadelholzstämme mit 446 C^u verkauft.

Zusammenkunft Vormittags 10 Uhr bei der Hütte im Staatswald Hochholz, Liebenzell, 24. November 1870.

K. Revieramt. Seigelin.

Calw. Die Besitzer von Kirchenstühlen,

welche durch die Heizeinrichtung wegfallen, Kirchenstühle, zur Entschädigung erhalten werden, wenn sie sich beim Kirchen- und Schulpfleger melden, entsprechende erledigte und sogleich in dieselben eingewiesen werden. Kirchen-Convent.

K. Eisenbahnbauamt Liebenzell.

Beraccordirung von Maurer- und Steinbauer-Arbeiten.



Die Handarbeiten für Maurer und Steinbauer zur Herstellung der Kunstbauten im III. Loos, 2. Abtheilung, Markung Liebenzell, werden veraccordirt.

Die Voranschlagssummen betragen:

1) Bahn- und Wegdohle	710 fl.
2) Offene Durchfahrt	2010 "
3) Bahndohle	440 "
Zus. 3160 fl.	

Pläne, Kostenvoranschlag und Bedingungen können bei unterzeichneter Stelle eingesehen werden. Sammtliches Geschirr und Material liefert die Bauverwaltung.



Die Angebote auf obige Arbeiten können einzeln oder im Ganzen gemacht werden, haben den Abstreich an den Voranschlagspreisen, in Procenten ausgedrückt, zu enthalten, und sind schriftlich, versiegelt, längstens bis Freitag, den 2. Dezember, Vormittags 11 Uhr, hier einzureichen.
Liebenzell, den 22. November 1870.
K. Eisenbahnbauamt.
Möll.

Zu Bezahlung der — am 1. Oktober d. J. verfallenen — Hälfte der Steuer aus Kapital- und Dienst-Einkommen wird noch ein Termin von 8 Tagen anberaumt.
Calw, den 23. November 1870.
K. Ortssteueramt.
Zollverwalter Strölin.

Aus Auftrag habe ich eine Parthe Damenfilzhüte und Knabenbarettschen billig zu verkaufen.
Pauline Heldmayer,
Feldergasse.
Calw.
Sämmtliche Ausgaben
Kalender für 1871
sind zu haben bei
C. A. Hub, Buchbinder.

Arbeit für Holzhauer.
Ungefähr 200 tüchtige fleißige Holzhauer finden im hiesigen Domänenwald bei hohem Lohne dauernde Beschäftigung. Die näheren Bedingungen können auf unserem Geschäftszimmer erhoben werden.
Pforzheim, 21. November 1870.
Großh. Bad. Bezirksforstei.
A. A.:
Ganter.

Bürger-Verein.
Außerordentliche Versammlung
am **Dienstag, den 29. November,**
Abends 7 Uhr,
im **Gasthof zum Waldhorn.**
Tagesordnung:
Wahl-Angelegenheiten.
Wir hoffen, daß kein Mitglied fehle und machen darauf aufmerksam, daß Freunde unserer Sache eingeführt werden können und willkommen sind.
Der Ausschuß.

Privat-Anzeigen.
Calw.

Dankfagung.
Wir fühlen uns verpflichtet, den vielen Freunden und Bekannten unseres verstorbenen Bruders, Schwagers und Oheims, pens. Oberamtedieners Beck für die ihm während seines langjährigen hiesigen Aufenthalts zu Theil gewordene Liebe und Freundschaft unsere verbindlichsten Dank auszusprechen, insbesondere danken wir aber auch noch für die schöne Leichenbegleitung namentlich den Herren Ehrentägern vom Jandjägerscorps herzlich.
Die Anverwandten.

Mein Lager in
Winterbuckskin, von 2 fl. per Elle an,
Ratine & Double, von 2 fl. 24 kr. per Elle an,
Sommerbuckskin, zu Damenkleidern etc. sehr geeignet, von 1 fl. 36 kr. per Elle an,
Moultons, Flanelle, abgepaßte woll. **Unterröcke**, **schwarzwollene Westen** etc.
erlaube ich mir bei gegenwärtiger Verbrauchszeit in gef. Erinnerung zu bringen.
Fr. Klinger.

Calw.
Nächsten Sonntag, den 1. Advent,
Katholischer Gottesdienst.

Calw. Nachdem ich die
Agentur der Kunstfärberei, Druckerei und Appretur
des **Albert Schumann** in Göttingen von Fräulein Carol. Haas übernommen habe, empfehle ich mich bestens zur Beforgung aller in dieses Gebiet einschlagender Artikel. Frühere, der Agentur übergebene Gegenstände sind bei mir angekommen und können jederzeit abgeholt werden.
Unter Zusicherung billiger gestellter Preise und möglichst raschen Versandts bittet um zahlreiche Aufträge
Friederike Kienle,
Schulmeisters Ehefrau.

Arbeiterbildungs-Verein.
Nächsten Sonntag gesellschaftliche Zusammenkunft um 4 Uhr im Schützenhaus.
Der Vorstand.

Für Reisende und Auswanderer nach Amerika.
Nachdem mir von dem K. Oberamt die Bestätigung als Agent für das Auswanderungsgeschäft des Herrn **Carl Anselm** in Stuttgart erteilt worden ist, bringe ich dies unter dem Aufügen zur Kenntniß, daß ich dadurch in der Lage bin, Auswanderer und Reisende über alle Seehäfen, als Hamburg, Bremen, Antwerpen und Liverpool, per Dampf- und Segelschiffen nach **Amerika und Australien** befördern zu können. Ich empfehle mich daher hiermit zu Affordabschlüssen bestens, unter Zusicherung reeller Bedienung und billiger Ueberfahrtspreise.
Calw., im November 1870.
J. Nieqert, Tagsschreiber.

Concordia.
Sonntag, den 27. d. M.,
wird das Stiftungsfest im Vereinslokal in gewöhnlicher Weise gefeiert, und werden hiezu die Mitglieder freundlich eingeladen.
Anfang Nachmittags halb ein Uhr.

Haus- und Güter-Verkauf.
Der Unterzeichnete verkauft am **Mittwoch, den 30. November,** Mittags 12 Uhr, im Hirschg allhier auf 4 Zieler:
1) Wiesen 13 Morgen.
2) Gärten 2 Morgen.
3) Acker 16 1/2 Morgen.
4) Ein vor 40 Jahren neu erbautes Haus, Scheuer, Wagenschopf, Keller u. s. w., einzeln oder im Ganzen, mit Feldern oder ohne Felder.
Oberreichenbach, den 20. Nov. 1870.
J. Georg Lutz, Bauer.

Samstag, den 26. November,
Mebelsuppe,
wozu höflichst einladet
C. Kuom z. **Waldhorn.**



Zur Abgeordnetenwahl.

Nachdem ich in Nr. 137 dieses Blattes meine Stellung zur nationalen Frage unumwunden, und wie ich hoffe, für Jedermann verständlich bezeichnet habe, bleibt mir noch übrig, über die dem nächsten Landtag weiter obliegenden Aufgaben, die innere Gesetzgebung betreffend, in Kürze mich auszusprechen.

Da nach meiner innersten Ueberzeugung trotz aller einheitsfeindlichen Bestrebungen der neue deutsche Bund in nächster Zeit sicher zu Stande kommt, zu Stande kommen muß, und da in dessen Folge ein großer Theil der Gesetzgebung, z. B. Civil- und Strafgesetzgebung, die Gesetzgebung über Handel- und Wechselrecht, Freizügigkeit, Heimaths- und Niederlassungsverhältnisse, Gewerbegesetzgebung, Zoll- und Handelsgesetzgebung etc., der Competenz des Reichstages überwiesen werden wird, so ist von selbst klar, daß künftig der württemberg. landständischen Thätigkeit eine kleinere Aufgabe zufällt als bisher.

Unter den Vorlagen für den nächsten Landtag wird in erster Linie die Verfassungs-Revision stehen. Eine Abänderung der Bestimmungen derselben nach den constitutionellen Anforderungen der Neuzeit, insbesondere Ausscheidung der privilegierten Stände aus der Volkstammer haben schon vor mehreren Jahren 42 Abgeordnete, worunter auch ich, beantragt.

Sodann liegt ein Gesetzentwurf über eine durchgreifende Verwaltungsorganisation vor. Mein Verlangen hierbei geht auf die Aufhebung mancher in unserer Zeit nicht mehr begründeter Beschränkungen in der Verwaltung der Gemeinden, auf die Weiterentwicklung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden und Körperschaften. Schon früher, bei der Berathung des Organisationsentwurfs, zu welcher ich mit den Ortsvorstehern von Stuttgart, Ulm u. a. berufen wurde, habe ich mich in diesem Sinne ausgesprochen.

Ferner liegt ein Gesetzentwurf über Ablösung der Wald- und Streurechte vor. Als Mitbegründer des hiesigen landwirthschaftlichen Vereins und vielfähriger Secretär desselben habe ich vielfache Gelegenheit gehabt, mich über diese Frage zu orientiren. Ich kenne die Noth unserer streubedürftigen Ansiedlungen in den Waldorten, ich weiß, daß namentlich für die weniger bemittelten Bauern und Tagelöhner die Abgabe von Stren eine Lebensbedingung ist, das ökonomische Auskommen mancher Familien davon abhängt. Ich habe deshalb mich oft bemüht, die Wünsche der streubedürftigen Gemeinden bei den Staatsbehörden zu vertreten und meine Verwendung hat manchen Erfolg gehabt. Bei gegenseitig gutem Willen wird sich wohl das rechte Mittel finden lassen, die Interessen des Waldbesitzes und des Streubedürfnisses zu vereinigen.

Endlich wird ein Steuergesetzentwurf zur Berathung kommen. Dieß wird Veranlassung geben, für eine billigere und gerechtere Vertheilung der Steuerlasten zu wirken. Nach dem provisorischen Steuergesetz vom Jahre 1821 haben an den direkten Steuern die Landwirthschaft $\frac{17}{24}$, die Gebäude $\frac{4}{24}$, die Gewerbe $\frac{3}{24}$ zu tragen. Es ist unbestritten, daß der Umschwung, den namentlich die gewerblichen und landwirthschaftlichen Verhältnisse seit 1821 erlitten haben, eine durchgreifende Veränderung der Steuergesetzgebung nothwendig machen. Abgesehen davon, daß sich im Laufe der letzten 50 Jahre die innern und äußern Verhältnisse dieser Steuer-Objecte sehr verändert haben, ist anerkanntermaßen das festgesetzte Beitragsverhältniß kein richtiges, und eine Steuerreform ist eine der dringendsten Aufgaben, wobei die Ausmittlung eines gleichmäßigen gerechten Vertheilungsmassstabs oberster Grundsatz sein muß.

Ich glaube mich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß ich nach meiner Laufbahn und den Erfahrungen in meiner öffentlichen Stellung, die ich seit 35 Jahren in Mitte der Bürgerchaft bekleide, im Stande sein werde, bei diesen wichtigen gesetzgeberischen Arbeiten, im Interesse des öffentlichen Wohles nach Kräften mitzuwirken.

Meine frühere landständische Thätigkeit wird mich vor der Verdächtigung schützen, daß ich in einem von der Regierung abhängigen Verhältniß stehe, aber auch vor dem Vorwurfe, daß ich durch Parteistellung meine selbstständige Ueberzeugung beeinflussen lasse. Ich erinnere beispielsweise nur an mein Verhalten bei Berathung der Zoll- und Allianzverträge, des Kriegsdienstgesetzes etc. etc., wo ich in Widerspruch mit den Anschauungen der demokratischen und großdeutschen, beziehungsweise Regierungs-Partei, bewiesen zu haben glaube, daß ich meine Unabhängigkeit von allen Parteieinflüssen zu erhalten und meine selbstständige Ueberzeugung zu wahren wußte.

Den hiesigen Wählern kann ich die Versicherung geben,

daß ich der erste war, der die Fragen einer gewissenhaften Prüfung unterwarf, ob die Rücksicht auf mein Amt mir die Annahme eines Mandats gestatte. Wer unparteiisch meine 6jährige landständische Wirksamkeit prüft, wird mir das Zeugniß nicht versagen können, daß ich alle meine Kraft eingesetzt habe, um den Nutzen der Stadt und des Bezirks zu fördern, aber ohne meine Stellung als Abgeordneter hätte meine Thätigkeit nicht in gleicher Weise ersprießlich sein können. Uebrigens hat auf meine Entschließungen einzig und allein die Betrachtung eingewirkt, daß ich in einem Falle, in welchem es sich um Erreichung des höchsten politischen Guts, um das Wohl und Wehe unseres Vaterlands für eine lange Zukunft handelt, der höhern Pflicht den Vorzug einräumen mußte. Gebe Gott, daß die inhaltsschwere Frage zum Heile unseres Vaterlandes gelöst werde! Das ist mein dringender Wunsch und die Richtschnur meines Handelns in dieser Angelegenheit. Man merke doch auf die Zeichen der Zeit! Jetzt oder nie wird die längst ersehnte deutsche Einheit zur Wahrheit werden. Versäumen wir diesen günstigen Zeitpunkt nicht!

Calw am 24. November 1870.

Stadtschultheiß Schuldt.

Zur Abgeordnetenwahl.

Die Programme.

I.

Nachdem die Personenfrage für die bevorstehende Abgeordnetenwahl sich geklärt hat, d. h., nachdem die Parteien, die sich nicht zu einem erstenmale gegenüberstehen, ihre Candidaten definitiv aufgestellt, wendete sich die allgemeine Aufmerksamkeit den zu erwartenden Programmen um so gespannter zu, je weniger man sich von Anfang an einen bedeutenden Unterschied in der politischen Stellung der beiden Männer denken konnte, deren jeder bis jetzt der sog. großdeutschen Richtung angehörte. Hr. Wagner wenigstens war bekannt als Mitglied des Volksvereins und von Hrn. Schuldt war aus seiner früheren ständischen Thätigkeit noch in Jedermanns Erinnerung, daß er sich, zumal in den letzten 2 Jahren derselben, entschieden der demokratischen Richtung in der Kammer angeschlossen und sich dadurch sogar in Gegensatz gegen Manche seiner eigenen Wähler gesetzt hatte. Auch bei der Zollparlamentswahl noch, im März 1868, hat Hr. Schuldt's energische Fürsprache für den großdeutschen Candidaten Gg. Dörtenbach nicht wenig zu dessen Erwählung beigetragen und noch in neuester Zeit bei einer von ihm veranstalteten Versammlung soll Hr. Schuldt sich in entschieden großdeutschem Sinne ausgesprochen haben.

Wenn sie bloß diese Vorgänge und die dadurch garantierte großdeutsche Gesinnung des Hrn. Schuldt, sowie den Umstand in's Auge gefaßt hätte, daß derselbe manchem seiner eigenen früheren Wähler zu demokratisch geworden, so hätte die Volkspartei sich diesesmal recht wohl für seine Candidatur erklären können; allein schon von vornherein war sie hievon durch ein sehr schwer wiegendes Bedenken abgehalten, das schon vor 8 Jahren seiner einstimmigen Erwählung hindernd im Wege stand, durch das Bedenken nemlich, daß der Stadtschultheiß, wenn schon in gewöhnlichen Zeiten nicht, so noch weniger in Zeiten, wie die jetzige, die ihm eine so aufreibende, seine ganze Arbeitskraft voll in Anspruch nehmende Thätigkeit bringen, ohne schweren Nachtheil für die Gemeinde und ihre Wohlfahrt seinen Posten verlassen dürfte.

Allein noch ehe die Programme der beiden Candidaten erschienen, überraschte uns Hr. Ed. Zahn in No. 134 d. Bl. mit der Erklärung, daß Hr. Schuldt „schon vor dem Krieg eine Wandlung durchgemacht habe“, die es der deutschen Partei möglich gemacht, ihn zu ihrem Candidaten zu erwählen. Hr. Schuldt, sagt uns Hr. Zahn, habe eingesehen und mit mannhafte Muth ausgesprochen, „daß der kürzeste, beste, ja einzig mögliche Weg (zur Einigung) der einfache Eintritt in den norddeutschen Bund sei.“ Ich gestehe, daß ich mich weder vor, noch während des Krieges bis unmittelbar zur jetzigen Agitationszeit irgend eines Zeitpunktes erinnern kann, in dem diese Wandlung allgemein bemerkbar mit Hrn. Schuldt vorgegangen wäre, und ich begehle gewiß keine Judiscretion, wenn ich sage, daß ich sogar persönlich (vor Bekanntwerden seiner Candidatur) gegen Hrn. Schuldt mein Erstaunen ausgesprochen habe, daß die deutsche Partei, die den unbedingten Eintritt in den Nordbund als Hauptartikel in dem Glaubensbekenntnisse ihres Candidaten verlangt, gerade ihn, den großdeutschen Mann, aufzustellen gedente. Ich freute mich innerlich, daß Hr. Schuldt sofort diese ihm von Hrn. Zahn in den

ch eine Parthe
ülzhüte
baretchen
ine Feldmaier,
Ledergasse.
w.
n
für 1871
ub. Buchbinder.
ng
am, daß Freunde
er Auschuß.
er Elle an,
iet, von 1 fl. 36 fr.
Unterrocke,
zu bringen.
lunger.
Appretur
n
ens zur Peforgung
ebene Gegenstände
erhandts bittet um
Kiente,
Ehefrau.
Amerika.
Agent
am in
nfügen
nd Reisende über
ampf- und Segel-
mpfhele mich daher
nd billiger Ueber-
Tagchreiber.
horn.



Mund gelegte Ansicht dementiren und seine bisherige großdeutsche, auch von seinen früheren Gegnern geachtete Stellung behaupten werde. Diese Freude aber sollte nicht in Erfüllung gehen; denn in seinem Programm in No. 137 bestätigt Hr. Schuldt die Mittheilung des Hrn. Zahn in ihrem vollen Umfange und bekennet ausdrücklich, daß er sogar vor der großen Militärlast, welche die engere Verbindung mit dem Nordbunde uns unsehlbar bringen wird, nicht zurückschrecke, im Hinblick auf die dadurch gewonnene größere Sicherheit vor dem westlichen Nachbar.

Wohl räumt Hr. Schuldt ein, daß die norddeutsche Bundesverfassung an manchen Mängeln leide, auf deren Beseitigung später hingewirkt werden müsse. Allein ich theile die gewiß richtige Ansicht aller Derjenigen, welche nicht zu der deutschen Partei und ihren Freunden gehören, daß, wenn einmal der Vertrag über den (bedingten oder unbedingten) Eintritt in den Nordbund unterzeichnet und vollzogen ist, an der alsdann gemeinschaftlichen Verfassung gerade in solchen Hauptpunkten, wie das Militärwesen, ohne den Eintritt außerordentlicher Ereignisse in langen Jahren nichts mehr zu ändern ist. Und diese Ueberzeugung gerade ist es, welche die Freiheitspartei in Württemberg dazu bestimmt, ihre auf Abänderung der norddeutschen Bundesverfassung gehenden Wünsche vor dem Abschluß des Vertrags auszusprechen und diese Abänderung geradezu zur Bedingung unseres Eintritts zu machen.

Noch ist nichts Näheres bekannt über den Inhalt des mit unsern Ministern vereinbarten Vertragsentwurfs; allein von den mit Baden, Hessen und Baiern gepflogenen Verhandlungen verlautet wenigstens soviel, daß einzelne Zugeständnisse, an Baiern z. B. gerade mit Bezug auf das Militärwesen gemacht werden. Unsere Nachbarn in Baiern, die in diesem Jahre dieselbe laut redende Agitation gegen ihr Militärgesetz in's Werk gesetzt haben, wie wir gegen das unsrige mit 150,000 Unterschriften, werden so wenig Geschmach an der 3jährigen Präsenz und den damit verbundenen Opfern an Geld finden, wie wir, und dieß um so weniger, als ihre, wie unsere braven Soldaten unlängbar bewiesen haben, daß man auch in einer viel kürzeren Präsenz ein so guter Soldat werden kann, um den unsere Grenzen bedrohenden, in 6, sage fünfjähriger Präsenz geschulten Feind zurückzuwerfen und ihm die Lust darnach für alle Zeiten gründlich zu vertreiben.

Gelingt es aber Baiern, in dieser Richtung bei dem Eintritt in den norddeutschen Bund Concessionen zu erhalten, so sehe ich nicht ein, warum dieß nicht auch Württemberg soll gelingen können, und ich lege gerade auf diesen Punkt, den auch Hr. Schuldt einer ausführlicheren Besprechung, freilich in entgegengesetztem Sinne, würdigt, einen so großen Werth, daß ich ihn unter den Bedenken gegen den unbedingten Eintritt in den deutschen Bund ganz oben an stellen und behaupten möchte, daß es mit der Aufgabe eines Volkvertreterers in der wahren Bedeutung des Wortes geradezu unvereinbar ist, für die Uebernahme einer so ungeheuren Last zu stimmen, wie das preussische Militärgesetz ist, das durch seine 3jährige Präsenz und die schweren damit verknüpften Kosten den Wohlstand unseres Volkes unrettbar untergräbt und die Steuerkraft desselben, an der so manch saurer Schweiß hängt, statt auf produktive Zwecke, auf den unproduktivsten aller staatlichen Zwecke verwenden will.

Herr Schuldt hat f. Z. in der Kammer gegen unser Militärgesetz gestimmt, das uns eine Präsenz von 1 Jahr 8 Monat gebracht hat. Er hat diese Präsenz für zu lang, für unnöthig zur Ausbildung von guten Soldaten, und für unvereinbar mit den wahren Interessen des Volkes gehalten, und wir haben ihm diese Zustimmung freudigen Herzens gedankt. Seine neueste Erklärung aber, seine Bereitwilligkeit zur Uebernahme einer 3jährigen Präsenz aus bloßen Sicherheitsgründen vermehrt den guten Eindruck dieser seiner früheren Abstimmung vermehren, daß die Partei, der ich angehöre, schon aus diesem einen Grunde sich gegen seine Candidatur erklären und dagegen diejenige des **Herrn G. F. Wagner** unterstützen muß. Ich behalte mir jedoch vor, auch die eifrigeren insbesondere unsere freiheitlichen Constitutionen berührenden Gründe, die gegen Hrn. Schuldt und für Hrn. Wagner sprechen, sowie Hrn. Wagners Programm im nächsten Blatte zu besprechen.
Calw, 24. November 1870. E. Horlacher.

An Herrn **Eduard Zahn**.
Nachdem meine wohlgemeinten Mahnungen zum Frieden keinen andern Erfolg hatten, als daß Sie, einer der Parteiführer,

schon ehe Sie das Programm der beiden Candidaten kannten, auf die Kunst, zwischen den Zeilen zu lesen, oder mit anderen Worten, schon im Voraus Mißtrauen gegen das, was die Candidaten sagen werden, säen zu müssen glaubten, während Andere auf eine ganz unbegründete Vermuthung hin Gift und Galle gegen Hrn. Wagner und seine Partei speien, — nach Allem, was vorgegangen ist, kann ich weitere Versuche zur Verständigung füglich unterlassen, aber Sie werden mir schon erlauben, daß ich die Erörterung meinerseits schließe und mich mit wenigen Worten von Ihnen verabschiede.

Hr. Wagner ist selbstverständlich der Vertreter seines Programms und es wird ihm nicht schwer werden, Ihre Beleuchtung hinwieder in's gehörige Licht zu stellen. Ob er das überhaupt beabsichtigt, ob jetzt oder erst, wenn Sie Ihr überströmendes patriotisches Herz ganz ausgeleert haben werden, weiß ich nicht; ich würde ihm rathen, sich lieber direkt mit den Wählern über seine Ansichten zu unterhalten, als sich im Wochenblatt mit Ihnen zu streiten. Die deutsche Einigung bleibt nicht aus, auch ohne diesen Streit. Ob sie sich gerade nach Ihrem Ideal gestaltet, wird sich bald zeigen. Mögen Sie immerhin von Männern verlangen, daß sie, ihre Manneswürde bei Seite setzend, jetzt nach unendlich schweren und blutigen Opfern etwas mit Freunden annehmen, was sie längst hätten haben können, aber als nicht befriedigend mit Stolz von sich gewiesen haben, mögen Sie unsern wackern Soldaten bei ihrer Heimkehr als Willkomm und als Lohn für ihre über alles Lob erhabenen Leistungen eine um 16 Monate höhere Präsenzzeit entgegenbringen, mögen Sie Ihre Bemühungen zur Verwirklichung Ihrer Begriffe über Volkswohl auf jede mögliche Weise, meinestwegen als Oberberather, fortsetzen, ich werde nicht mit Ihnen hadern, ich werde Ihnen sogar mit aller Gemüthsruhe zuhören, wenn Sie vielleicht in naher Zeit wieder vor die Wähler treten und sagen: „Das Werk ist fertig, wollen wir es auch gleich flicken?“ Ja, dann flicken Sie nur tüchtig brav los, wenn aber, wie so oft im Leben, auch in dieser Frage das Flicken schwieriger sein sollte, als etwas gutes Neues zu schaffen, wenn — ungeduldig über die vielleicht zu langen Flickversuche und sich unbehaglich fühlend unter dem Druck der vielen Lasten und Pflichten, die zu seinen Rechten nicht im richtigen Verhältnis stehen, — das Volk sich vermissen sollte, den Männern zu suchen denen es diese Zustände verdankt und die ihm jetzt zu wacklermäßiger Unterordnung rathen, anstatt gemeinsam dahin zu wirken daß in der Einheit auch der Freiheit eine Stätte bereitet werde — dann, Herr Zahn, könnten Sie leicht in die Lage kommen, in der Sie sich veranlaßt sehen dürften, über die Begriffe von Freiheit und guten und schlechten Verfassungen etwas näher nachzudenken.

Mehr als je wird in diesem ersten entscheidenden Augenblick der Muth des Mannes auf die Probe gestellt, ich möchte daher nicht allein jedem Wähler, sondern auch Ihnen zurufen: **Hilf dir selbst, so wird dir Gott helfen.**
Christian Bozenhardt.

26. 11. 70
Altburg.
Auf die Erklärung unseres Schultheißen Koller, der mich haben will, daß in Altburg eine Versammlung gehalten werden soll und so besorgt dafür ist, daß jedem Wähler seine Ueberzeugung bleibe, sehen wir uns veranlaßt zu erklären, daß er von den Wählern durchaus keinen Auftrag dazu gehabt hat. Unser Schultheiß hat bei der Abgeordnetenwahl nur eine Stimme, wie jeder von uns Wählern, das Uebrige gilt nichts, und wenn wir je einen guten Rath brauchen, so würden wir uns denselben in dieser Sache am allerwenigsten bei ihm holen. Die Schultheißen sollten sich überhaupt in dieser Sache nicht so vorne stellen; wenn sie ihre Ansicht uns aufdrängen wollen, dann ist das Volk schon mißrathisch und thut gerade das Gegentheil.
Mehrere Wähler.

Abgeordneten-Wahlsache.
Unsere Erklärung in No. 134 d. Bl. in Erinnerung bringend, machen wir noch darauf aufmerksam, daß für das Dienstagblatt die Uebergabe der Artikel am Sonntag Abend nicht genügt, um der Aufnahme sicher zu sein, vielmehr mindestens Mittheilung davon in der Frühe gemacht werden muß.
Die Redaktion.

— Calw. Tagesordnung der Sitzungen des R. Kreisstrafgerichts.
Am 29. Oktober, Vormittags 9 Uhr: 1) Genthner Friedrich, 19 Jahre alt, lediger Goldarbeiter von Tennstädt, Da. Calw. 2) Paulus Wilhelm, 19 Jahr alt, led. Maurer von da, 3) Wurster Wilhelm, 20 Jahr alt, led. Goldarbeiter von da, 4) Bröhm Wilhelm, 19 Jahr alt, led. Weber von da, wegen Eigenthums-Verschädigung.

